

Hohenstein-Ernstthal-er Tageblatt

Erscheinung
jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und
loftet durch die Aussträger pro Quartal M. 1.65
durch die Post M. 1.92 frei in's Haus.

Anzeiger

Inserate
nehmen außer der Expedition auch die Anträge auf
dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-
Expeditionen solche zu Originalpreisen.

Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Lugau, Gernsdorf, Bernsdorf,
Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf, Kusdorf, Wüstenbrand, Gröna, Mittelbach, Ursprung, Erlbach,
Rixberg, Pleiße, Reichenbach, Callenberg, Trischheim, Ruchsnappel, Grumbach, St. Egidien, Sättengrund u. s. w.

Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeinde-Verwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Nr. 150.

Sonntag, den 30. Juni 1907.

57. Jahrgang.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume können
Freitag, den 5. und Sonnabend, den 6. Juli 1907
nur dringliche Sachen erledigt werden.

Hohenstein-Ernstthal, am 25. Juni 1907.

Königliches Amtsgericht.

Auf der Hohenstein-Ernstthal-Stollberger Staatsstraße zwischen km 5,4 und 5,9 in der Flur
Gersdorf bei Oberlungwitz soll die Herstellung eines traufseitigen Unterbaues mit Packlager
sowie des Oberbaues an einen Unternehmer verbunden werden. Preislisten sind bei der unterzeichneten
Behörde zu entnehmen und bis zum 15. Juli dieses Jahres, Vormittag 11 Uhr, ausgefüllt in ver-
schlossenem Umschlag mit der Aufschrift: „Angebote für die Hohenstein-Ernstthal-Stollberger Staats-
straße“ einzureichen, zu welchem Zeitpunkt die Eröffnung der Angebote erfolgt.

Die Auswahl unter den Bewerbern sowie die Ablehnung aller Gebote wird vorbehalten.

Zwickau, am 26. Juni 1907.

Kgl. Straßen- und Wasser-Inspektion.

Der am 30. Juni d. J. fällige II. Termin der Land- und Landeskulturrenten ist
bei Vermeidung der zwangswweisen Beitreibung längstens

bis zum 8. Juli d. J.

an die hiesige Stadtsteuereinnahme, — Rathaus, Zimmer Nr. 5 — abzuführen.

Stadtrat Hohenstein-Ernstthal, am 29. Juni 1907.

Dr. Polker, Bürgermeister.

Die Elektromotorenrente für das 2. Vierteljahr 1907 ist spätestens bis zum

10. Juli 1907

an die Stadtsteuereinnahme, Rathaus, Zimmer Nr. 5, zu bezahlen.

Stadtrat Hohenstein-Ernstthal, am 29. Juni 1907.

Dr. Polker, Bürgermeister.

Anmeldung der Hunde zur Versteuerung betr.

Auf Grund des Gesetzes vom 18. August 1868 und des Hundesteuer-Regulativs für hiesige
Stadt vom 18. Juli 1900 werden diejenigen, welche im Bezirke des Armenverbandes der Stadt
Hohenstein-Ernstthal Hunde halten, aufgefordert, über die von ihnen gehaltenen Hunde bis zum

10. Juli 1907

in der Stadtbuchhalterei, Rathaus, Zimmer Nr. 5, schriftliche Anzeige zu erstatten
und bis zum

31. Juli 1907
die zweite Hälfte der Hundesteuer mit 4.— M. für einen Hund in der Stadtsteuereinnahme, Rathaus, Zimmer Nr. 5, zu bezahlen.

Unterlassung der schriftlichen Anzeige, die ungeachtet der durch städtische
Beamte vorzunehmenden Aufzeichnung und ungeachtet der Bezahlung der Steuer
zu erfolgen hat, wird als Hinterziehung nach § 12 des obengenannten Regulativs
mit dem dreifachen Betrage der jährlichen Steuer bestraft.
Anmeldeformulare können unentgeltlich in der Stadtbuchhalterei entnom-
men werden.

Stadtrat Hohenstein-Ernstthal, am 29. Juni 1907.

Dr. Polker, Bürgermeister.

Der 2. Termin Land- und Landeskulturrenten für 1907 ist

spätestens bis 6. Juli d. J.

an die hiesige Ortssteuereinnahme — Rathaus, links 1. Zimmer — abzuführen.

Oberlungwitz, am 28. Juni 1907.

Der Gemeindevorstand.

Liebertnecht.

Bekanntmachung.

Der am 30. Juni 1907 fällige II. Termin Landrenten sowie Landeskulturrenten
ist spätestens bis zum

6. Juli 1907

bei Vermeidung der zwangswweisen Beitreibung an die hiesige Ortssteuereinnahme abzuführen.

Gersdorf, Bez. Gemenitz, den 28. Juni 1907.

Der Gemeindevorstand.

Göhler.

Der 2. Termin Gemeindeanlagen für 1907 ist spätestens bis

4. Juli d. J.

an die hiesige Gemeindekasse — Rathaus, links 2. Zimmer — abzuführen. Alle verbleibenden Reste
werden zwangswweise beigetrieben.

Oberlungwitz, am 27. Juni 1907.

Der Gemeindevorstand.

Liebertnecht.

Aus dem Reich.

Kaiser Wilhelm und die Franzosen.

Den Kieler Seglertagen widmen Gaston
Menier und die übrigen Franzosen, die soeben
von Kiel nach Paris zurückgekehrt sind, wahrhaft
enthusiastische Berichte. Die von Herzen kommende
Liebenswürdigkeit des Kaisers sowie des Kronprinzen,
des Prinzen Adalbert und des Prinzen Heinrich wird
allseitig gerühmt. Der Kaiser machte Herrn Menier
eine höchst seltene Erwähnung, die französische Flotte
in Kiel während des Krimkrieges darstellend, zum
Geschenk. Der Kaiser sprach mit Menier von den
interessantesten französischen Politikern und erwähnte
neben den Mitgliedern des gegenwärtigen Kabinetts
auch Bourgeois, Rouvier, Poincaré, Millerand.
Dann würdigte er das erstmalige Erscheinen der
Japaner in deutschen Gewässern wie folgt: „Neue
wichtige Faktoren tragen viel dazu bei, das Welt-
problem unserer Zeit umzugestalten; denn Europa
ist nicht mehr allein der bevorrechtete Erdteil, unsere
alte Welt verliert den Einfluss des äußersten Ostens
ganz bedeutend, und der Wettstreit der europäischen
Mächte trägt diesem allgemeinen Einflusse Rechnung.“
Schließlich hebt Menier die bewundernswürdige
Umsicht des Kaisers bei der Oberleitung der vor-
züglichen Bewegungen des „Meteors“ hervor, die zum
ersten Male ausschließlich von deutschen Seeleuten
ausgeführt wurden, da die Engländer ihre Dienst-
leistung beendet haben. — Der algerische Senator
Saint Germain schreibt dem Kaiser das erheb-
lichste Verdienst um die Annäherung eines besseren
Verhältnisses in der Marokkofrage zu. Auch auf
anderem Gebiete stehe eine Annäherung bevor; die
in Kiel an den Franzosen Mabileau gerichteten
Worte des Monarchen: „Ich würde einen inter-
nationalen Verband zur Schaffung und Er-
haltung von Werken sozialer Fürsorge mit
aufsichtlicher Befriedigung begrüßen“, würden in
französischen Mutualistenkreisen und weit darüber
hinaus ein begeistertes Echo finden. Diese Äußerungen
des sehr einflussreichen Senators Saint Germain
entsprechen durchaus den Anschauungen Bidons, nur
macht man in Regierungskreisen kein Hehl daraus,
dass irgend eine Verhandlung in der Wa g a d a b-

bahnfrage, vielleicht nach neuen, nicht bloß
finanziellen Gesichtspunkten sehr willkommen wäre.
Man glaubt in Paris immer noch, daß Vorkämpfer
Cambon auch diese Angelegenheit ein gut Stück
vornwärts bringen könnte.

Handelsvertragsverhandlungen mit Dänemark.

Nachdem die Verhandlungen wegen Abschlußes
eines deutsch-dänischen Handelsvertrages so weit
geführt sind, wie dies vor der parlamentarischen
Erlebung des den Verhandlungen zugrunde ge-
legten Entwurfs eines neuen dänischen Zolltarifs
möglich war, haben die dänischen Kommissare gestern
Berlin wieder verlassen. Die Fortsetzung der Ver-
handlungen wird voraussichtlich im Laufe des
nächsten Winters erfolgen, nachdem der dänische
Reichstag über den neuen Zolltarif Beschluß gefaßt
haben wird.

„Ausbildung“ des Militarismus.

In der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen
der Arbeiterinnen, wird die Stellung der sozial-
demokratischen Frauenbewegung zum
Patriotismus erörtert. Dabei wird ausgeführt,
das Proletariat betrachte Krieg und Kriegsglück
nächster Augen im Interesse seiner eigenen Klassen-
interessen; es könne aber keine Eide schwören, was
es bei internationalen Konflikten tun oder lassen,
welche Mittel es ergreifen oder auf welche es ver-
zichten werde. Das ist ein klares Bekenntnis zur
vollkommenen Vaterlandslosigkeit. Dann heißt es, das
Proletariat könne insbesondere nicht seinen Antimilitarismus,
sein Bestreben, den Militarismus zu über-
winden, aufgeben. Auf zwei Wegen müsse das
Proletariat gleichzeitig und mit gleicher Energie
diesem Ziele zuwandern. Der jährliche Kampf für
militärische Reformen, welche die stehende Armee in
eine Miliz umzuwandeln, ist der eine; die „Aus-
bildung“ des Militarismus von innen durch
Revolutionierung des proletarischen
Nachwuchses ist der andere. Wir müssen
es dahin bringen, daß dank einer sozialistischen Kinder-
erziehung und Jugendbewegung die militärische
Jungmannschaft — soweit sie sich aus den prola-
tarischen Massen rekrutiert — mit so klarem und

gefestigtem Klassenbewußtsein in die Kasernen ein-
rückt, daß das Heer untauglich zum Kampfe gegen
den „inneren Feind“ wird. Hier liegt eine bedeu-
tende Aufgabe vor, an deren Lösung vor allem die
proletarische Frau als Mutter, als Erzieherin ihrer
Söhne kräftig mitwirken hat. — Die ersten Er-
folge der „Ausbildung“ des Militarismus haben
sich soeben in Frankreich bei der dortigen Winger-
revolte gezeigt.

Ein politisch toleranter Mann.

Nach einem gerichtsrätlichen Gutachten ist
Graf Pückler-Klein-Schirne ein geistes-
kranker Mensch, der sich bereits im September 1906
in einem die freie Willensbestimmung ausschließen-
den Zustand krankhafter Störung der Geistestätigkeit
befunden hat. Er ist infolgedessen am 25. Juni
aus dem Strafgefängnis zu Regal entlassen worden,
und es ist den Behörden zur Pflicht gemacht, die
durch seinen Geisteszustand gebotenen Maßnahmen
zu treffen, sofern er versuchen sollte, öffentlich auf-
zutreten.

Die „Strecke“ des Schulstreiks.

Angehts des Erlöschens des polnischen Schul-
streiks stellt die „Büd. Itg.“ folgende Statistik
auf: 280 Gemeindevorsteher und Schöffen wurden
ihres Amtes entsetzt. Aus den Gymnasien wurden
80 Schüler relegiert. 35 Geistliche sind insgesamt
zu 20 Monaten Gefängnis und Festungshaft ver-
urteilt worden; die gegen sie verhängten Geldstrafen
betrugen 6350 Mark. Gegen 20 Geistliche schweben
noch Verfahren. Die gegen die polnischen Redakteure
erkannten Geldstrafen bezifferten sich auf 19 450 M.;
dazu kommen noch 45 Monate Gefängnis. Wegen
Schulverweigerung ihrer Kinder wurden gegen 1450
Personen Strafmandate in Höhe von rund 18 000
Mark erlassen. Privatpersonen wurden wegen Straf-
taten, die mit dem Schulstreik in Verbindung stehen,
zu insgesamt 5 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Außer
den erheblichen Gerichtskosten hat der Streik den
daran beteiligten Personen 31 000 Mark Geldstrafen
und 12 Jahre Freiheitsstrafen gebracht.

Aus dem Auslande.

Der finanzielle Ausgleich in Oesterreich- Ungarn.

Die österreichische Quoten-Deputation be-
schloß gestern entgegen den Anträgen der un-
garischen Deputation, daß die Beitragsleistungen
der beiden Staaten zu den gemeinsamen Ausgaben
nur für die Zeit bis zum 31. Dezember festgesetzt
werden sollen, und ferner, daß von den nach der
Verwendung des Reinertragnisses der gemeinsamen
Zolleinnahmen noch verbleibenden ungedeckten gemein-
samen Ausgaben Oesterreich 57,6 und Ungarn
42,4 Prozent tragen sollen.

Die Krise in Frankreich.

Während die Situation des Ministeriums
Clemenceau wieder gefestigter erscheint, wird
die allgemeine Lage des Landes durch den früheren
Minister Poincaré, den Pelletan als kommenden Mann
bezeichnet hat, recht düster beurteilt. In einer hoch-
politischen Rede, die er am Donnerstag im Verband
französischer Kleinrentner hielt, verglich er die
Symptome der Anarchie, die sich gegenwärtig
allenthalben im Lande zeigen, mit der klassischen
Schilderung Jaines über die Vorgeschichte der
großen Revolution. Es wäre falsch, meinte
er, Hilfe von einem bloßen Wechsel der Regierung
zu erwarten, es bedarf völliger Umkehr in den
Sitten und Anschauungen des Volkes, vor allem
einer Reform des Wahlsystems, das die Kandidaten
zu unausführbaren Versprechen verführt und zu Sklaven
der Wähler macht, sowie die ganze Politik zu einer
Wahlsache herabwürdigt. — In der Deputierten-
kammer interpellierte gestern Deboué von der
Partei der unifizierten Sozialisten wegen der Vor-
gänge im Süden. Er führt aus, die furchtbare
Bewegung, die dort durch die Notlage geschaffen sei,
sei keine separatistische, denn der Süden sei patrio-
tisch, sie sei vielmehr ausschließlich eine wirt-
schaftliche Bewegung. Redner warf dem
Ministerpräsidenten vor, er habe die Unterdrückung
der Bewegung in dem Augenblick angeordnet, wo
die Bevölkerung in den Süddepartements anfang,
sich zu beruhigen. Meunier verlangte als